

Ein kolonialisiertes Palästina ist *die falsche* Antwort auf die Schuld der Welt

Tareq Baconi

Ende des Jahres 2019 begleitete der US-Botschafter in Israel, David Friedman, Premierminister Benjamin Netanjahu beim Anzünden der Chanukka-Kerzen an der Klagemauer in der Altstadt von Jerusalem. Als sich Netanjahu an die versammelten Reporter wandte, drängten sie ihn, etwas zu dem Durchbruch zu sagen, den die Palästinenser an diesem Tag errungen hatten. Nur wenige Stunden zuvor hatte Fatou Bensouda, die Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag, verkündet, es lägen genügend Gründe vor, um eine Untersuchung der mutmaßlichen Kriegsverbrechen in den besetzten Gebieten, die von allen Beteiligten – und damit eben auch von Israel – begangen worden seien, einzuleiten. Netanjahu antwortete, die Ankündigung komme einem

»[...] antisemitischen Dekret des Internationalen Gerichtshofs gleich, das uns, den Juden, die an dieser Mauer, an diesem Berg, in dieser Stadt, in diesem Land stehen, sagt, dass wir kein Recht haben, hier zu leben, und dass wir, wenn wir hier leben, Kriegsverbrechen begehen. Das ist unverhohlener Antisemitismus.«¹

Fast genau ein Jahr zuvor, im November 2018, stürmte ein bewaffneter Mann – ein weißer Amerikaner namens Robert Gregory Bowers – in die Tree of Life-Synagoge in Pittsburgh und tötete elf jüdische Gläubige und verletzte sechs weitere. Es war der schlimmste antisemitische Anschlag in der Geschichte der USA. Präsident Donald Trump und führende israelische Politiker flogen

1 <https://www.haaretz.com/israel-news/2019-12-22/ty-article/.premium/anti-semitic-decrees-netanyahu-slams-icc-prosecutors-call-to-probe-israel/0000017f-db3d-d856-a37f-ffffdc2b60000>

nach Pittsburgh, um ihr Beileid auszusprechen. Jeffrey Myers, der Rabbiner von Pittsburgh, machte Trump und andere Politiker für die Tat verantwortlich. »Herr Präsident«, sagte Rabbi Myers, »Hassrede führt zu hasserfüllten Handlungen. Hassrede führt zu dem, was in meinem Heiligtum passiert ist.«

Wenn sowohl der Internationale Strafgerichtshof als auch bewaffnete *White Supremacy*-Anhänger gleichermaßen mit Antisemitismus in Verbindung gebracht werden, dann sind wohl Definitionen vonnöten, um zu erklären, was Antisemitismus ist und wie er bekämpft werden kann. Aber was passiert, wenn diese Definitionen selbst politisch instrumentalisiert werden?

Seit den Jahren der Trump-Regierung übernehmen immer mehr Länder die Arbeitsdefinition Antisemitismus der *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA). Die Definition wurde ursprünglich von Experten entwickelt, um antisemitische Vorfälle in Europa besser zu erfassen, später erweiterte man sie zu einem Instrument für den Umgang mit Antisemitismus weltweit.

Die IHRA führt elf Beispiele dafür an, was nach Ansicht der Verfasser Antisemitismus ausmacht. Sieben davon beinhalten Kritik am Staat Israel. Ein Befürworter der Definition erläuterte dies so:

»Wo der klassische Antisemitismus dem einzelnen Juden einen gleichberechtigten Platz in der Gesellschaft verwehrt hätte, verwehrt der moderne Antisemitismus dem jüdischen Nationalstaat einen gleichberechtigten Platz unter den Nationen.«²

In diesem Nationalstaat, im Staat Israel, war es möglich, dass im Jahr 2021 der rechtsgerichtete Netanjahu durch einen noch weiter rechts stehenden Politiker ersetzt werden konnte – einen Mann, der einst den Jescha-Rat leitete, eine Dachorganisation, die die Siedlungen von »Judäa und Samaria« im besetzten Westjordanland vertritt. Und seit jenem Abend im Jahr 2019, an dem Netanjahu sich darüber empörte, dass Israel der Begehung von Kriegsverbrechen beschuldigt werde, ist bis zum Zeitpunkt dieser Tagung (2022) Folgendes geschehen:

Während eines Militäreinsatzes bombardierte Israel die Gebäude, in denen sich die Büros von Associated Press und Al-Jazeera im Gazastreifen. Bei dem Einsatz wurden 243 Palästinenser getötet, darunter 67 Kinder, womit 2021 zum tödlichsten Jahr für palästinensische Kinder seit 2014 wurde. Israel ermordete die unerschrockene Journalistin Shireen Abu Akleh, eine von mehr

2 <https://edition.cnn.com/2018/11/03/us/pittsburgh-shooting-first-shabbat>

als 30 Journalisten, die seit dem Jahr 2000 unter israelischem Beschuss getötet wurden. Der Oberste Gerichtshof Israels entschied, dass die Zwangsumsiedlung von mehr als tausend Palästinensern aus Masafer Yatta im Westjordanland legal sei, was einen direkten Verstoß gegen das Völkerrecht darstellt. Dies ist keine vollständige Liste.

Und zwischen diesen Schlagzeilen tötet, verhaftet und schindet Israel – im täglichen Drangsal der Besatzung – die Palästinenser weiter. Darunter sind allein in diesem Jahr 13 getötete Kinder und mehr als 400 Festgenommene, von denen die meisten mitten in der Nacht aus ihren Betten verhaftet wurden. Nur in diesem Monat (Juni 2022) töteten israelische Streitkräfte innerhalb von 24 Stunden vier Palästinenser im Westjordanland, womit sich die Gesamtzahl der bis zu diesem Zeitpunkt getöteten Palästinenser auf 62 erhöhte.

Israels neue antipalästinensische Propaganda: Die »Hasbara 3.0«

Heute agiert Israel mit neuer Energie und setzt seine Kolonialisierung Palästinas mit selbstbewusster Straffreiheit fort, bewaffnet mit starker diplomatischer Unterstützung und gestärkt durch regionale Bündnisse, die in den so genannten »Abraham-Abkommen« geschlossen wurden, und durch Donald Trumps Normalisierungsvereinbarungen, die im Falle Marokkos und des Sudans offener Bestechung gleichkamen. Demgegenüber verstärkten auch wir Palästinenser unser Engagement, indem wir den Rechtsweg vor dem Internationalen Strafgerichtshof weiter bestritten und unsere Bewegung für Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) ausweiteten. Auch wir haben seit dem Chanukka-Fest in Jerusalem im Jahr 2019 mehrere entscheidende Meilensteine errungen.

Im Jahr 2021 haben israelische und internationale Menschenrechtsorganisationen nach unermüdlicher palästinensischer Fürsprache endlich anerkannt, was Palästinenser seit Jahrzehnten sagen: dass Israel das Verbrechen der Apartheid gegen das palästinensische Volk in unserem historischen Heimatland verübt. B'Tselem, Human Rights Watch und Amnesty International haben allesamt überaus detaillierte und gut recherchierte Berichte veröffentlicht, aus denen sie die rechtliche Schlussfolgerung ziehen, dass Israel schuldig ist, Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu begehen.

Im Mai letzten Jahres überwandten wir Palästinenser die koloniale Zersplitterung, die Israel uns auferlegt hatte, und erhoben uns vom Jordan bis zum Mittelmeer als geeintes Volk, das gegen das eine Apartheidregime kämpft, als

das, was wir inzwischen unsere »Einheitsintifada« nennen. Dieses Jahr – als israelische Soldaten die Sargträger von Shireen Abu Akleh niederschlugen und den internationalen Medien die Bösartigkeit ihres Regimes offenbarten – bot sich den Palästinensern ein ungewohntes Bild: Tausende von Menschen aus allen Gesellschaftsschichten strömten in die Altstadt, um Jerusalem zurückzuerobern und unserer gefallenen Heldin zu gedenken.

Israels Reaktion auf die wachsende palästinensische Mobilisierung und auf unseren hart erarbeiteten Erfolg bei der Verbreitung unseres Narrativs auf der Weltbühne war, wie vorhersehbar, vehement. Neben einer Verhaftungswelle von Einzelpersonen in ganz Palästina intensivierte Israel auch die *Hasbara* – seine Taktik zur Delegitimierung des palästinensischen Widerstands.³

So wurden beispielsweise sechs Nichtregierungsorganisationen, die heute die Grundpfeiler der palästinensischen Bewegung bilden – einige von ihnen stehen im Verfahren des Internationalen Strafgerichtshofs in der vordersten Reihe – zu terroristischen Organisationen erklärt. Dazu gehört *Defense for Children International – Palestine*, die vornehmlich damit beschäftigt ist, die Tötung und Inhaftierung palästinensischer Kinder durch israelische Streitkräfte zu dokumentieren. Obwohl keinerlei Beweise für terroristische Aktivitäten der genannten Organisationen vorgelegt wurden und obwohl europäische Diplomaten erklärten, dass das vorgetragene Material »die erforderliche Beweisschwelle nicht erreiche«, versagte die internationale Gemeinschaft dabei, Israels Verleumdungskampagnen zurückzuweisen, sodass diese Organisationen derzeit um Finanzierung und Unterstützung kämpfen.

Und das sind nur die alten Werkzeuge, die schon in den Jahren des »Kriegs gegen den Terror« angewandt wurden. Seitdem gehen Israels *Hasbara*-Taktiken weit über die bloße Verknüpfung der Palästinenser mit Terrorismus hinaus. Die *Hasbara* 2.0, oder vielleicht sogar 3.0, ist jetzt darauf ausgerichtet, den palästinensischen Widerstand als antisemitisch darzustellen – und das hat weltweit Folgen. Wie der neue Just Vision-Film »Boycott« entlarvt, haben mehr als 30 US-Bundesstaaten Gesetze erlassen, die speziell auf die BDS-Bewegung abzielen, weil sie angeblich antisemitisch seien. Mehr als 35 Länder auf der ganzen Welt haben inzwischen die IHRA-Definition übernommen,

3 ›Hasbara« (auf Hebräisch) hat keine direkte Entsprechung im Englischen, kann aber mit ›Erklären« übersetzt werden, insbesondere im Dienste der öffentlichen Diplomatie. Für viele jüdische und palästinensische Kritiker der gegenwärtigen Regierung hat es die Bedeutung von ›Propaganda« angenommen.

der mittlerweile »Rechtsstatus und rechtliche Legitimität« zugesprochen wird, wie die Orientalistin Rebecca Gould meinte.⁴

Israelische Politiker bezeichneten die Berichte von Human Rights Watch und Amnesty als antisemitisch. Als der UN-Sonderberichterstatter Michael Lynk in seinem Abschlussbericht im vergangenen März ebenfalls anerkannte, dass Israel das Verbrechen der Apartheid praktiziere, reagierten israelische Politiker erneut mit dem Vorwurf des Antisemitismus. »Dieser Bericht«, so etwa Israels UN-Gesandter in Genf, »recycelt unbegründete und empörende Verleumdungen, die zuvor von Nichtregierungsorganisationen veröffentlicht wurden, die dasselbe Ziel verfolgen wie der Autor dieses Berichts: den Staat Israel, der der Nationalstaat des jüdischen Volkes ist, zu delegitimieren und zu kriminalisieren.«

Synergie der Ideologien

Die Stoßrichtung der israelische Politik, die ich hier skizziere, dürfte für jeden klar ersichtlich sein. Der Kampf für die Rechte der Palästinenser – mit Hilfe des Völkerrechts, des Internationalen Strafgerichtshofs und der UNO – sei antisemitisch. Er stelle eine Bedrohung dar und muss vom Staat bekämpft werden, er erfordere genauso dezidiertes oder vielleicht sogar noch massiveres staatliches Eingreifen als das Erschießen von Gläubigen in Synagogen im Namen von *White Supremacy*. Die implizite Gleichsetzung von *White Supremacy* und dem Kampf für die Rechte der Palästinenser wird noch unheimlicher und perfider, wenn man bedenkt, dass sich die überwältigende Mehrheit der derzeitigen antisemitischen Vorfälle auf die Ideologie der *White Supremacy* zurückführen lässt. Eine solche verzerrende Darstellung ist das Ergebnis von Synergien zwischen rechter Ideologie und Zionismus, und das zeigt sich daran, dass sich die Unterstützung für Israel mit zunehmend repressiven Taktiken verknüpft.

Dieser Trend gedeiht zurzeit sowohl in autoritären Regimen als auch in vermeintlich liberalen und demokratischen Staaten. In Großbritannien, wo ich lebe, drängt die Regierung darauf, dass die IHRA-Definition von Universitäten übernommen und Anti-BDS-Gesetze von den Kommunen angewandt

4 Gould, R. R. (2018). *Legal Form and Legal Legitimacy: The IHRA Definition of Antisemitism as a Case Study in Censored Speech*. Law, Culture and the Humanities. <https://doi.org/10.1177/1743872118780660>

werden. 2019 wurde einer Fahrraddemonstration für Gaza die Genehmigung durch den Stadtrat von Tower Hamlets verweigert, indem dieser erklärte, es bestehe ein »reales Risiko«, dass die Veranstaltung wegen einer möglichen Entsprechung von Beispielen, die in der IHRA-Definition genannt werden, als antisemitisch zu bewerten sei.

Unter Berufung auf die Anti-BDS-Gesetzgebung hat die gleiche Regierung nun pauschal und unspezifisch erklärt, dass mit öffentlichen Renten »keine Investitionsentscheidungen getroffen werden dürfen, die im Widerspruch zur Außen- und Verteidigungspolitik des Vereinigten Königreichs stehen.« Außerdem feierte diese Regierung zur gleichen Zeit ihr Vorhaben, Migranten und Asylbewerber für ihre Gerichtsverfahren in Flugzeuge nach Ruanda zu setzen. Diese antidemokratische Politik ähnelt auffallend den Bemühungen der britischen Regierung in den 1980er Jahren, den Boykott des südafrikanischen Apartheidsystems einzuschränken.

In der gleichen Zeit werden in Deutschland Palästinenser, die eine Kufiya⁵ tragen und an die Nakba erinnern, zur Vernehmung festgenommen, sie verlieren ihren Arbeitsplatz, werden verunglimpft und sogar mit Nazis verglichen – und das alles vor dem Hintergrund, dass die eigentliche Neonazi-Partei AfD vor nicht allzu langer Zeit zu einer der größten Oppositionsparteien im Bundestag wurde. In Frankreich wird Antizionismus mit Antisemitismus gleichgesetzt, außerdem verstärkte die Regierung von Emmanuel Macron ihr Vorgehen gegen französische Muslime, unter anderem durch die Verabschiedung eines Gesetzes, das dem Staat die Überwachung von muslimischen Organisationen erlaubt.

Weltweit pflegt Israel enge Beziehungen zu Regimen wie dem von Viktor Orban in Ungarn oder der ehemalige Regierung von Jair Bolsonaro in Brasilien sowie zu den christlichen Evangelikalen in den Vereinigten Staaten, die alle einen abscheulichen Antisemitismus mit zionistischen Visionen verbinden, Israel begeistert zu ihrem Vorbild erklären und behaupten, es gehe ihnen dabei um den Schutz der Erinnerung an den Holocaust. Dass sich im Mittleren Osten ein Apartheidregime bei Diktatoren in den Vereinigten Arabischen Emiraten oder im Bahrain einschmeichelt, wird weltweit als Beispiel für ein Abkommen gefeiert, das Frieden, Koexistenz und religiöse Toleranz verkörpert. In Wirklichkeit sind diese Deals nichts anderes als eine Bestätigung dafür, dass gera-

5 »Kufiya« heißt das Kopftuch, das im Deutschen auch als »Palästinensertuch« bezeichnet wird (Anmerkung der Übersetzerin).

de eine konterrevolutionäre und antidemokratische regionale Architektur der Überwachung und Unterdrückung entsteht.

Im Zusammenhang mit diesen beunruhigenden Entwicklungen möchte ich drei allgemeine und miteinander verknüpfte Punkte besonders hervorheben:

Erstens sollte jedem klar sein, dass es bei all dem nicht um Antisemitismus geht – es geht um Geopolitik. Rechte und konservative Regierungen, häufig rassistisch und demagogisch, sind nützliche Verbündete für Israel, und damit für einen Staat, der der westlichen liberalen Ordnung genauso ablehnend gegenübersteht, auch wenn er versucht, sich in dieser Sphäre fest zu positionieren.

Israel ist ein Apartheid- und Kolonialstaat, der es dessen ungeachtet schafft, enge diplomatische, militärische und wirtschaftliche Beziehungen zu westlichen liberalen Demokratien zu unterhalten. Dass ihm das so gut gelingt, macht ihn zu einem attraktiven Modell für illiberale Demokratien und autoritäre Regime. Die Konjunktur solcher Bündnisse in der Region und darüber hinaus ist logisch – und zugleich ein Hinweis darauf, wohin sich die internationale Ordnung zurzeit entwickelt und wie dabei die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen Rechtsnormen systematisch ausgehöhlt werden. Die irreführende Vermischung von Politik und Antisemitismus erweist sich außerdem als nützliches Instrument für westliche Regierungen bei ihrem Bestreben, im Rahmen ihrer eigenen Innenpolitik Kulturkriege zu schüren.

Zweitens beschränken sich Israels Angriffe auf den palästinensischen Aktivismus keineswegs auf Palästinenser. Vielmehr stellen sie zugleich Attacken auf die allgemeine freie Meinungsäußerung sowie auf internationale Rechtsordnungen und -normen dar. Die Anti-BDS-Gesetzgebung unterfüttert den illiberalen Staat. Sie hat dabei Schlupflöcher geschaffen, die nun missbraucht werden, um Gesetze zu verabschieden, die sich gegen Waffenkontrolle, grüne Energie und Abtreibung richten. In dieser rechten demagogischen Realität kann Israel weiterhin gedeihen und Straffreiheit genießen. Der weit verbreitete Verkauf von Israels Pegasus-Software an autoritäre Staaten in der ganzen Welt, von Saudi-Arabien bis Ruanda, ist nicht nur ein kommerzieller Erfolg, sondern zugleich eine sorgfältig ausgeklügelte geopolitische Strategie. Und die erinnert sehr an die Art von weitreichenden, geheimen Beziehungen, die Israel in den 1960er und 70er Jahren mit Südafrika unterhielt, um die zunehmende internationale Isolation des Apartheidregimes abzufuffern.

All diese Bemühungen, die Meinungsfreiheit einzuschränken, Bewegungen zu untergraben, die für Freiheit und Gleichheit kämpfen, und illiberale De-

mokratien und autoritäre Regime zu fördern, generiert – drittens – Kollateralschäden, die in Wirklichkeit ausgerechnet jüdische Gemeinden treffen, die für all das oftmals zum Sündenbock gemacht werden. Die israelischen Behauptungen, der BDS und die UNO seien antisemitisch, machen die Bemühungen zur Bekämpfung des tatsächlichen Antisemitismus und anderer Formen des Rassismus, die Hand in Hand mit dem Hass auf Juden gehen, zur Farce.

Unsere Handlungsmacht, unsere Stimme

Welche Rolle spielt das alles nun für die Palästinenser? Die Antwort ist einfach: Gar keine. In dieser Gleichung, in diesen Überlegungen bilden die Palästinenser nichts weiter als eine Kulisse und sind dabei bestenfalls stumm, schlimmstenfalls ein Ärgernis. Manchmal ertappe ich mich bei dem Gedanken, dass die Palästinenser nur die Leinwand darstellen, vor der sich die jüdischen Psychodramen abspielen.

Wir Palästinenser wurden in die Lage gezwungen, in der wir uns heute ungewollt befinden, und zwar aufgrund der schlichten Tatsache, dass wir von einem Staat kolonialisiert wurden, der sich selbst als jüdisch definiert. Um es klar zu sagen: Wenn wir Palästinenser von einem nicht-jüdischen Staat kolonialisiert worden wären, dann würden wir uns genauso bis heute gegen unsere Kolonialisierung wehren. In diesem Sinne ist dies eine Fortsetzung des historischen palästinensischen Dilemmas.

Die Zusammenhänge zwischen der aus dem Holocaust resultierenden Schuld des Westens und der Unterstützung für die Gründung Israels sind ebenso gut erforscht wie die Wurzeln des Zionismus, der im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert auf den erbitterten Widerstand der einheimischen Palästinenser stieß. Die Palästinenser sind die indirekten Opfer, der Kollateralschaden des europäischen und christlichen Antisemitismus. Da man in ihnen minderwertige Menschen und ein irrelevantes Volk sah, das in den Entscheidungsprozessen der kolonialen Mächte und Denkstrukturen keine Rolle spielte, hatte die Not der Palästinenser für den Zionismus keine Relevanz. Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land – so lautete die Trope, die man besser nicht wiederholt.

Hundert Jahre später exportieren die gleichen europäischen Mächte – einschließlich Deutschland wegen seiner eigenen grausamen Geschichte – dieses Mal nicht ihren Antisemitismus, sondern tragen ihre Suche nach Absolution

auf dem Rücken der Palästinenser aus. Und die Palästinenser selbst haben dabei noch immer nichts zu sagen. Sie sind unsichtbar.

Aus den einst dämonisierten Juden – die heute mit ihrem atomar bewaffneten Staat volle souveräne und nationale Kontrolle genießen – sind Wunderkinder geworden, Bewohner eines Staates, der nichts falsch machen kann. Und in ihrem Bedürfnis nach Absolution haben Staaten wie Deutschland die Palästinenser wieder einmal als Kollateralschäden akzeptiert. Deren Unterdrückung und Kolonialisierung scheint der Preis zu sein, den Deutschland bereit ist zu zahlen, um für seine Verbrechen in der Vergangenheit zu büßen. Es müssten vor der Fortsetzung der israelischen Apartheid und Kolonialisierung die Augen verschlossen werden, damit der Staat nicht beschädigt wird und alte Traumata nicht wieder aufleben. Dazu müssen alle Stimmen, die von palästinensischer Befreiung sprechen oder palästinensisches Leben feiern, zum Schweigen gebracht werden, sogar wenn diese Stimmen selbst jüdisch sind.

Diese Realität hat nicht nur etwas mit dem herrschenden Diskurs zu tun, wenn etwa die IHRA-Definition klarstellt, dass das palästinensische Narrativ *ipso facto* antisemitisch ist. Vielmehr hängt sie mit der realen materiellen Struktur jüdischer Vorherrschaft und Apartheid im kolonialisierten Palästina⁶ zusammen, welche sich auch auf die Praktiken der Erinnerung und des Gedenkens an den Holocaust erstreckt. In Jerusalem ist beispielsweise ausgerechnet das Holocaustmuseum Yad Vashem auf einem Gelände erbaut, das auf die Ruinen des Dorfes Deir Yasin blickt, in dem zionistische Kräfte während der Nakba 1948 ein blutiges Massaker verübten, um die Vertreibung der Palästinenser zu erleichtern und die zionistische Kolonialisierung zu ermöglichen.

Besucher, die das nicht wissen, werden durch ein Museum gehen, das das schreckliche Verbrechen des Holocaust dokumentiert, und am Ende der Dauerausstellung auf eine Aussichtsplattform treten, von der aus sie grüne Felder

6 Dieser Punkt ist wichtig und verdient eine Klarstellung bezüglich der gewählten Formulierung. Diese Apartheid ist im Falle Israels ein System der Vorherrschaft, die jüdisch ist und nicht israelisch. Zum einen können auch Palästinenser, die israelische Staatsbürger sind, unterdrückt und Opfer werden – die israelische Staatsbürgerschaft schützt den Einzelnen nicht vor diesem System. Zum anderen bietet die israelische Apartheid durch das Rückkehrgesetz Privilegien für Juden, die keine israelischen Staatsbürger sind. Wie B'Tselem festgestellt hat, »ist dies ein Regime jüdischer Vorherrschaft vom Jordan bis zum Mittelmeer.« Um Missverständnisse zu vermeiden, haben wir eine Klarstellung hinzugefügt, dass diese Behauptung geographisch auf das kolonialisierte Palästina beschränkt ist, wie der Titel des Vortrags nahelegt.

sehen, ohne jemals zu realisieren, dass sie auf blutgetränkte Erde blicken. Diese Löschung der palästinensischen Katastrophe in einem Raum, in dem des Holocaust gedacht wird, ist eine brutale Trivialisierung der Lehren aus diesem. Sie spiegelt eine Verdrängung wider, zu der die israelische Führung beitrug, unterstützt von Deutschland und anderen europäischen Mächten.

Um den Kreislauf zu durchbrechen, in dem Palästinenser als passive Akteure betrachtet werden, auf denen entweder deutscher Antisemitismus oder deutsche Schuld abgeladen wird, möchte ich abschließend den Schwerpunkt verschieben und – fernab einer europäischen und kolonialen Perspektive – den Blick direkt auf die Palästinenser richten, die seit jeher eine eigene Handlungsmacht hatten – und auf unsere eigene Stimme.

Ich möchte an alle Palästinenser in Deutschland und an unsere Verbündete an den Fronten dieses repressiven Trends in Europa einen Gruß senden. Und ich möchte sagen, dass wir uns als Palästinenser dagegen wehren, dass ausgerechnet wir uns gegen Vorwürfe des Antisemitismus verteidigen sollen. Es gibt keinen Grund für mich, hier auf dieser Bühne, auf dieser Konferenz, als Palästinenser zu stehen. Denn wir sind nicht Opfer, die keine eigene Stimme hätten, und auch nicht diejenigen, auf denen einfach der europäische Rassismus und Neokolonialismus abgeladen werden könnte. Deshalb möchte ich der Klarheit halber und um des moralischen und politischen Widerstands willen unser eigenes Narrativ direkt in diesen Raum einbringen.

Seit über einem Jahrhundert kämpfen wir Palästinenser gegen den Zionismus, eine rassistische und koloniale Siedlerbewegung mit dem Ziel unserer Vernichtung. Im Jahr 1948 erklärte die zionistische Bewegung die Gründung des Staates Israel und konstituierte sich als Apartheidregime in der festen Absicht, die jüdische Vorherrschaft in Palästina durchzusetzen. Seitdem hat Israel seine anhaltende Kolonialisierung palästinensischen Landes und die unerbittliche Enteignung des palästinensischen Volkes ausgeweitet; ein zweifacher Prozess der territorialen Ausbreitung und demografischen Steuerung. Heute ist Israel ein Apartheidstaat mit vollständiger souveräner Kontrolle über ganz Palästina, von dem Fluss Jordan bis zum Mittelmeer, der das palästinensische Volk in der Heimat wie in seinem Exil verfolgt. Jeder Palästinenser trägt diese schlichten Wahrheiten in seinem Herzen und legt davon täglich ein Zeugnis ab.

Zu diesem entscheidenden Zeitpunkt der Geschichte scheinen sich die westlichen Demokratien dazu entschieden zu haben, ihre eigenen hochtrabenden Bekenntnisse zu liberalen Werten absichtlich zu unterlaufen und dabei McCarthy-artige Taktiken anzuwenden, um ihre Schuld herunterzuspielen,

Israel zu erlauben, sich weiter zu entfalten, und ihre eigenen, zunehmend autoritären Pläne zu fördern. Da sie die diplomatischen und militärischen Beziehungen zu Israel weiter ausbauen, ist die Aufgabe für die Palästinenser klar. In unserem Kampf für Freiheit sind wir zu den Hütern des Völkerrechts, der Menschenrechte und der Rechenschaftspflicht geworden. Obwohl all das sowohl ein Joch als auch ein Privileg ist, das wir uns nicht ausgesucht haben, werden wir weiter für unsere Emanzipation, für ein freies Palästina und für eine Welt kämpfen, in der Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit für alle gelten.